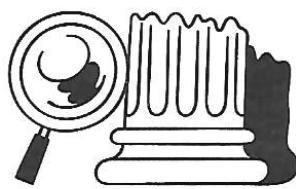


DEMOKRATIECHECK



Plus Die Bundesregierung hat bekräftigt, dass sie den strafrechtlichen Schutz von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften verbessern will. Das ist richtig, auch aus demokratischer Sicht, da gerade Polizistinnen und Polizisten unter anderem dafür da sind, die Demokratie zu schützen.

Minus Chinas autoritäre Regierung versucht, das demokratische Taiwan mit einem Manöver einzuschüchtern. Dies sei eine »ernste Warnung«, sagte ein Militärsprecher. China will sich Taiwan seit Langem einverleiben. DK



Metodi Popov / picture alliance

MINDERHEITEN

Jenische fordern Anerkennung

Die im Nationalsozialismus verfolgte Gruppe der Jenischen hat dem Bundesinnenministerium mehrere Gutachten vorgelegt, mit denen sie ihren Anspruch unterstreicht, als fünfte nationale Minderheit anerkannt zu werden. Bislang geht die Bundesregierung davon aus, dass sich die Jenischen nicht durch eine eigene Sprache, Kultur und Geschichte vom Mehrheitsvolk unterscheiden und somit nicht alle Kriterien zur Anerkennung erfüllen. Dem wird in den Gutachten widersprochen. Der Beauftragte der Bundesregierung für nationale Minderheiten, Bernd Fabritius (CSU), erklärte, eine Auswertung der Materialien stehe noch aus. »Bis auf Wei-

teres gilt die bisherige Position der Bundesregierung«, so Fabritius. Die Wurzeln der Jenischen, die als »Landfahrer« diskriminiert wurden, gehen mutmaßlich bis ins Mittelalter zurück. Schätzungsweise 200.000 Jenische sollen in Deutschland leben. In der Bundesrepublik gelten offiziell bislang Dänen, Friesen, Sorben sowie Sinti und Roma als nationale Minderheiten. Der Vorsitzende des Zentralrats der Jenischen Deutschlands, Renaldo Schwarzenberger, warf der Bundesregierung vor, sich mit ihrer Haltung auf den Treffen europäischer Minderheiten »zu isolieren«. In der Schweiz werden die Jenischen seit Längerem als Minderheit anerkannt. SEV

SILVESTER

Böllern bald Ländersache?

Eine Mehrheit der Bundesländer will den Umgang mit Silvesterfeuerwerk stärker selbst regeln. Das ergab eine Umfrage bei allen 16 Innenministerien. Zehn Länder sind demnach dafür. Die Vorstellungen unterscheiden sich jedoch. Berlin und Bremen kämpfen seit Jahren vergebens für ein bundesweites Böller verbot. Sie wollen nun, dass die Länder selbst entscheiden dürfen. Bayern ist dafür, würde Böllern aber erlauben.

Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern befürworten, den Kommunen mehr Spielräume für Böller verbote zu geben. Rheinland-Pfalz fordert Schutzzonen um Tierheime und Tierparks. Die übrigen Länder lehnen weitere regionale Kompetenzen ab: Die Regeln reichten aus, großflächige Verbote seien schwer zu kontrollieren. Zuständig für Sprengstoffrecht ist

der Bund. Bei der Innenministerkonferenz Anfang Dezember diskutierten Bund und Länder das Thema. Aus Bremen ist zu hören, Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) habe eine Änderung der Sprengstoffverordnung zugesagt, die den Ländern mehr Kompetenzen geben würde. Die Länder hätten zudem signalisiert, einer eventuell nötigen Gesetzesänderung im Bundesrat zuzustimmen, sagte Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD). Eine Sprecherin von Dobrindts Haus richtete aus, einige Länder wünschten sich mehr Spielräume, andere sähen das kritisch. Man prüfe das Anliegen »inhaltlich und rechtstechnisch«. JPZ